

Sozialwissenschaftliche Studie überMorgen. Der gesellschaftspolitische Diskurs.

(Auszug - Kapitel 6)

Autor: Fred Luks

www.fredluks.com, mail@fredluks.com

Der vorliegende Text ist ein Auszug aus der Sozialwissenschaftlichen Studie zum Projekt „überMorgen. Der Gesellschaftspolitische Diskurs“. überMorgen ist eine Initiative der Industriellenvereinigung (IV) gemeinsam mit dem Österreichischen Roten Kreuz und der ERSTE Stiftung. Das Projekt setzt sich das Ziel gesellschaftspolitische Zukunftsthemen mit einem breiten Spektrum der Bevölkerung zu thematisieren und zu diskutieren, zu einem besseren Verständnis gesellschaftspolitischer Sachverhalte beizutragen und Ideen für positive Zukunftsbilder zu liefern.

Die sozialwissenschaftliche Studie dient der Aufarbeitung des Diskussionsstandes zu zwölf Themenkomplexen und jenen Fragen, die die Beteiligten für zentral für das Projekt halten. Der Text ist einerseits ein für sich selbst stehender Diskussionsbeitrag, er ist aber auch als Vor-Arbeit für die Diskussionsveranstaltungen zu verstehen, die im Rahmen des Projekts stattfinden werden sowie ein Element der Formulierung von Zukunftsbildern.¹

Inhalt der Studie

0. Ein gesellschaftspolitischer Diskurs für Österreich
1. Erfolg und Scheitern
2. Freiheit, (Eigen-)Verantwortung und Solidarität
3. Demokratie, Teilhabe und Gestaltungsmacht
4. Bildung und Wissen, Vernunft und Irrationalität, Fakten und Fake-News
5. Diversität, Offenheit und Geschlossenheit
6. Polarisierung und Spaltung, Beschleunigung und Eskalation
7. Umwelt, Nachhaltigkeit und Resilienz
8. Demographie, Familie, Kinder, Stadt / Land
9. Arbeit und Muße in Zeiten der Digitalisierung
10. Wohlstand und Wirtschaft
11. Innovation und Exnovation
12. Zukunftsangst und Zukunftsoptimismus
13. Schlussfolgerungen. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens

1. Die folgenden Ausführungen geben nicht notwendigerweise die Auffassungen der Auftraggeber wieder und liegen allein in der Verantwortung des Autors.

Auszug Kapitel 6

Polarisierung und Spaltung, Beschleunigung und Eskalation

Soziale, wirtschaftliche und ökologische Eskalationsprozesse

Mit dem Thema dieses Kapitels sind wir bei einer zentralen Herausforderung westlicher Gesellschaften. Auch Österreich erlebt Eskalationsprozesse, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig sind. Der öffentliche Diskurs ist nicht von Mäßigung und Interesse an anderen Meinungen geprägt, sondern von Zuspitzung und festen Überzeugungen im Hinblick auf die Richtigkeit der je eigenen Position.

„Schöpferische Zerstörung“ ist ein Kennzeichen marktwirtschaftlicher Prozesse, permanenter Wandel ist ökonomische Normalität. Massiv beschleunigt wird dieser pausenlose Veränderungsprozess durch die technologische Revolution der Digitalisierung. Diese ökonomische Dimension gesellschaftlicher Beschleunigungsprozesse ist Thema der [Kapitel 10](#) und [11](#). Hier reicht der Hinweis, dass „Eskalation“ auf Feld der Wirtschaft auch dort relevant ist, beispielsweise wo es um internationale Handelsbeziehungen geht: der Streit zwischen China und den Vereinigten Staaten war lange Zeit von gegenseitigen Provokationen geprägt.

„Beschleunigung“ ist nicht nur auf Digitalisierung zurückzuführen, sondern eine zentrale Eigenschaft der Gegenwartsgesellschaft. Dieses moderne gesamtgesellschaftliche „Steigerungsprogramm“ betrifft nicht nur Kultur und Wirtschaft, sondern in der Folge ganz wesentlich auch ökologische Prozesse. Empirische Studien zeigen einen ungebrochenen Trend zu einer immer weiter steigenden Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen (vgl. z.B. Giljum u.a. 2009; 2014; Lutter u.a. 2018; vgl. auch Schandl u.a. 2017; Tukker u.a. 2014; 2016). Die Weltwirtschaft entnimmt der Erde etwa 90 Milliarden Tonnen an Rohstoffen pro Jahr. Um diese abstrakte Zahl vorstellbar zu machen: Das entspricht einer Ladung von 100 LKWs *pro Sekunde*. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich der Wachstumstrend der vergangenen Jahrzehnte noch einmal deutlich verstärkt: Zum nach wie vor sehr hohen Pro-Kopf-Konsum in den Staaten der OECD kommt ein rasch wachsender Ressourcenverbrauch von Schwellenländern wie China hinzu.

Von den 1970er Jahren bis etwa zum Jahr 2000 wurde global gesehen eine Entkopplung des Ressourcenverbrauchs von der Wirtschaftsleistung erreicht – aber nur eine *relative* Entkopplung (vgl. auch [Kapitel 7](#) und [10](#)). Für einen Euro Wertschöpfung wurde weltweit im Jahr 2000 zwar etwa ein Viertel weniger Ressourceninput als 30 Jahre davor gebraucht. Das Bruttoinlandsprodukt ist freilich im gleichen Zeitraum so stark gewachsen, dass die Effizienzgewinne deutlich überkompensiert wurden. Und noch dramatischer: Seit dem Jahr 2002 ist nicht einmal mehr eine relative Entkopplung zu beobachten – der globale Ressourcenverbrauch wächst in den letzten 15 Jahren sogar schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Wirtschaftswachstum ist nach wie vor ein Treiber des weltweiten Umweltverbrauchs. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für die Industrie und andere Wirtschaftsbereiche, sondern ganz wesentlich für die Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Dabei ist zu beachten, dass die skizzierten Entwicklungen im Kontext globaler Wachstumsprozesse stehen: Sie sind integraler Teil dieser Prozesse, die seit dem Beginn der industriellen Revolution stattfinden und die profunde wirtschaftliche, soziale und eben auch ökologische Konsequenzen haben. Nicht nur das Bruttoinlandsprodukt und die Bevölkerung wachsen, sondern die Verbräuche von Wasser, Düngemittel oder Papier. Auch Tourismus und die Anzahl von Kraftfahrzeugen wachsen global mit erheblichem Tempo. Damit verbreitet sich die westliche Lebensweise, die mit den Politologen Ulrich Brand und Markus Wissen (2017) als „imperial“ bezeichnet werden kann. Diese Lebensweise ist existenziell auf den massiven Zugriff auf Ressourcen angewiesen. Europas Lebens- und Wirtschaftsweise ist heute strukturell vom Import gigantischer Materialmengen abhängig, und ein Ende dieser Abhängigkeit ist nicht absehbar (Tukker u.a. 2016).

Vor diesem Hintergrund formuliert der Soziologe Stefan Lessenich (2016, 196), dass wir nicht über unsere Verhältnisse leben, „sondern über die Verhältnisse der anderen“. Er meint, dass westliche Ländern „Externalisierungsgesellschaften“ sind:

„Wir leben in einer Gesellschaft, die sich auf dem Wege der Externalisierung – auf Kosten und zu Lasten anderer – stabilisiert und reproduziert und die sich überhaupt nur auf diese Weise zu stabilisieren und reproduzieren vermag.“ (Lessenich 2016, 25)

Der Titel seines einschlägigen Buches – *Neben uns die Sintflut* – bringt auf den Punkt, was hier gemeint ist. Aktuelle Studien zeigen darüber hinaus, wie weit die Welt vom Erreichen international eigentlich unstrittiger Nachhaltigkeitsziele entfernt ist, dass die globale Effizienz der Nutzung von Materialströmen sogar abnimmt und dass das westliche Wohlstandsniveau mit den derzeitigen Produktions- und Konsummustern keinesfalls global verallgemeinerbar ist (Schandl u.a. 2017, 8).

Hier läuft ein durchaus doppelgesichtiger materieller Eskalationsprozess ab: Einerseits haben sich in Schwellenländern wie China und Vietnam die Lebensbedingungen von sehr vielen Menschen wesentlich verbessert. Gleichzeitig werden durch denselben Prozess die Lebensbedingungen von Milliarden von Menschen weltweit langfristig gefährdet. Dieser Prozess ist unter dem Begriff der „großen Beschleunigung“ („great acceleration“) zusammengefasst worden und ist wesentliche Grundlage des aktuellen Diskurses über das „Anthropozän“ als neue, vom Menschen geprägte geologische Epoche (Steffen u.a. 2015; Rockström u.a. 2009; Dryzek / Pickering 2019).

Ein wesentliches Problem ist dabei das extreme Veränderungstempo, das die Gegenwartsgesellschaften prägt. Modernisierung, so formuliert es der Soziologe Peter Gross (1994, 75) in seinem nach wie vor hochaktuellen Buch *Multioptionengesellschaft*, kenne „keinen Halt, keine Etappe, sondern nur die Dauerverschränkung von Schöpfung und Zerstörung, von Konstruktion und Destruktion.“ Fortschritt gehe in der „Multioptionengesellschaft“ mit Entgrenzungsprozessen einher, die praktisch jeden Bereich betreffen. Was lange als „normal“ gegolten habe, verschwimme – zum Beispiel im Hinblick auf Zeitstrukturen: Das Normalarbeitsverhältnis und spiegelbildlich dazu auch „normale“ Zeitvorstellungen im Freizeitbereich lösten sich ebenso auf wie die Grenze zwischen Arbeits- und Freizeit.

Dass die Moderne die Zeitstrukturen beschleunigt hat und wie Technik und Effizienzdenken zu einer umfassenden Beschleunigung geführt haben, ist Kennzeichen der heutigen Gesellschaft. In seinem Buch *Beschleunigung* weist der Soziologe und Politikwissenschaftler Hartmut Rosa (2005; vgl. auch 2012, 269ff.; 2016, 671ff.) nach, wie sehr die Logik der Zeitverdichtung und Geschwindigkeitserhöhung sich in praktisch allen gesellschaftlichen Bereichen breitgemacht hat. Die dauernde Steigerung der Geschwindigkeit, und das sieht auch Gross, geht auf Kosten der ökologischen Integrität gesellschaftlicher Entwicklung. Das Riskante dieser Entwicklung, so Gross (1994, 33), gehe aber über diesen Punkt hinaus. Diese bestehe „in der mit der offenbaren Unendlichkeit dieses Fortschrittsprogrammes bei gleichzeitiger Endlichkeit des individuellen Lebens vorprogrammierten lebensfeindlichen, ja selbstmörderischen Selbst- und Fremdüberforderung.“ Man könnte sagen: Hier droht der Verlust von Stabilität und Resilienz. Wie wir (in [Kapitel 8](#)) noch sehen werden, sind immer weniger Menschen bereit, sich dem auszusetzen.

Die „Multioptionengesellschaft“ ist nach wie vor gegenwärtig – freilich noch gesteigert durch eine immer weitere und tiefere Digitalisierung und durch die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur. Diese ist die im Vergleich zur „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) durch eine stärkere – und polarisierende – Differenz geprägt zwischen gut ausgebildeten Akademikern einerseits und andererseits Menschen, die in Produktion und immer mehr im Dienstleistungssektor hart arbeiten. Reckwitz (2017, 278) formuliert das so:

„Die Trägergruppen der neuen sozial-kulturellen Polarisierung lassen sich (...) formal genau benennen: Der neuen Mittelklasse mit hohen, meist universitären Bildungsabschlüssen steht eine neue Unterklasse mit niedrigen (oder gar keinen) formalen Abschlüssen gegenüber. Zwischen ihnen befindet sich die alte, nicht akademische Mittelklasse.“

Diese Differenzierung ist nicht nur ökonomisch und sozial bedeutsam: Auch eine „kulturelle Polarisierung“ zwischen neuer Mittel- und Unterklasse existiert – für Reckwitz (2017, 24) ist sie „zentral für die Sozialstruktur der Spätmoderne“, mithin auch für unser Thema eine sehr wichtige Eigenschaft der Gegenwartsgesellschaft. Dabei besteht kein Zweifel, dass die neue Mittelklasse gesellschaftliche Kriterien des Erfolgs definiert (vgl. [Kapitel 1](#)) und diese Kriterien also auch auf die neue Unterklasse angewendet werden. Das neue an dieser Mittelschicht ist nicht zuletzt die Dominanz des Motivs der erfolgreichen Selbstverwirklichung (Reckwitz 2017, 108). Wie sehr sich das Leben der an Lebensqualität interessierte, akademisch geprägte und meritokratisch orientierte neue Mittelklasse an dieser Motivation ausrichtet, zeigt sich an praktisch allen Lebensbereichen, von Essen und Wohnen über Reisen und Körperlichkeit und nicht zuletzt Erziehung und Schule (Reckwitz 2017, 308ff.).

Zentraler Bezugspunkt für diese Mittelschicht sind Gefühle, insbesondere der Genuss von Erfolg und Anerkennung. Auch diese Tatsache ist weder nur kulturell noch nur sozial, sondern wesentlich ökonomisch. Ob man das nun Postfordismus, „Mentalen Kapitalismus“, Postindustrialismus oder Kreativkapitalismus nennen will: Die heutige Gesellschaft ist wesentlich von der Herstellung von *Gefühlen* und emotional aufgeladenen Produkten und Dienstleistungen geprägt. In den Worten von Reckwitz (2017, 227):

„Im Verhältnis zur alten Technik der Industriegesellschaft, die der Sphäre der Kultur in vielen Hinsichten entgegengesetzt schien, forcieren die Digitalität und das Internet eine Kulturalisierung des Sozialen. Das heißt: Im Zentrum der gesellschaftlich leitenden Technologie befindet sich in der Spätmoderne nicht mehr die Produktion von Maschinen, Energieträgern und funktionalen Gütern, sondern die expansive und den Alltag durchdringende Fabrikation von Kulturformaten (...), also von Texten und Bildern, Videos und Filmen (...) und Spielen.“

Diese postindustrielle Gesellschaft ist natürlich *keine* Gesellschaft ohne Industrie. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Industrielle Produktion ist und bleibt wichtig, auch in einer von Kultur, Kreativität und Kontingenz geprägten Wirtschaft.

Ohne Zweifel setzt postindustrielle Gesellschaft auf der Industriegesellschaft auf und ersetzt sie nicht: So, wie die Postmoderne sehr modern ist, stellt sich die postindustrielle Gesellschaft sehr industriell dar. Der Begriff ist hier mithin viel mehr soziologisch als wirtschaftsgeschichtlich gemeint.

Der Architekt und Ökonom Georg Franck (2007) hat auf diesen Aspekt schon früh in seinem bahnbrechenden Buch über die *Ökonomie der Aufmerksamkeit* hingewiesen. Francks These ist, dass reiche Gegenwartsgesellschaften durch Achtgeben und Wertlegen geprägt sind und dass die Bedeutung der Aufmerksamkeit den Durchbruch zu einer „immateriellen“ kapitalistischen Ökonomie markiert – Franck (2005) spricht mit Blick auf diese Entwicklung auch von „mentalem Kapitalismus“. Auch diese Entwicklung wirkt polarisierend, nicht zuletzt auf die Arbeitswelt, wie Reckwitz (2017, 183) konstatiert:

„Die postindustrielle Ökonomie und ihre Arbeitsverhältnisse sind (...) sehr heterogen, freilich mit einer Tendenz zur Polarisierung *der Arbeitswelt* zwischen Kultur- und Wissensarbeit der Hochqualifizierten einerseits, den routinisierten Dienstleistungen jener, die häufig als neue Dienstleistungsklasse (*service class*) umschrieben werden, andererseits.“ (Herv. dort)

Die Emotionalisierung sozialökonomischer Prozesse hat aber noch eine andere Dimension. So diagnostiziert Reckwitz (2017, 265ff.) eine „Affektkultur der Extreme“, die wesentlich mit der aufmerksamkeitsökonomischen Aufladung wirtschaftlicher und kultureller Prozesse zu tun habe. Auch hier geht Technisierung mit Emotionalisierung einher. Wenn Pörksen (2018, 95, 188) vom „plötzlich aufschäumenden Aufmerksamkeitsexzess“ schreibt, bringt er die kommunikative Eskalationstendenz unserer Zeit gut auf den Punkt. Damit kommen wir zu einem Faktor, der die Struktur, womöglich aber auch die Inhalte gesellschaftliche Diskurse in den letzten Jahren stark verändert hat.

Soziale Netzwerke als aufmerksamkeitsökonomische Brandbeschleuniger?

Die intensive – auch: kommunikative – Vernetzung der Gesellschaft hat zur Folge, dass „Wirklichkeiten und Wahrnehmungen in neuartiger Schärfe kollidieren“ (Pörksen 2018, 119; vgl. auch ebd. 165). Nicht zuletzt der „Asymmetrie von Verfehlung und Strafe“ (ebd. 162), in der zuspitzende Tweets oder ambivalent formulierte Facebook-Postings zu Ansehensverlust, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung führen können, wohnt eine massive Eskalationstendenz sozialer Medien inne: Polarisierung kann hier sozusagen elektronisch-digital verstärkt werden.

Zugespitzt: Soziale Netzwerke, folgt man Autoren wie Robert Misik (2017), haben die Dummheit hoffähig gemacht. Damit steht auch die Diskurs- und Demokratiefähigkeit der digitalen Gesellschaft auf der Tagesordnung. Wenn man die menschlichen Abgründe an Bösartigkeit betrachtet, die sich auf Facebook, Twitter und anderen Möglichkeiten der netzbasierten Selbst-Offenbarung auftun, ist das beunruhigend. Ein Shitstorm, so die drastische Formulierung Harald Welzers (2016, 21), sei „die kollektive Ausscheidung der Scheiße, die die Mitläufer im Kopf haben.“ Hetze, reflexartiges Reagieren auf Überschriften und eine weit verbreitete Unfähigkeit zur sprachlichen Mäßigung und zum sinnerfassenden Lesen sagen Einiges über den Zustand der Gesellschaft und ihrer Mitglieder. „Offline sind wir ja ganz nett,“ fasst der Publizist Misik (2017, 17) die Situation zusammen, „aber online werden wir Monster.“

Andererseits: Wohl nirgendwo wird so viel folgenlose „gut gemeinte“ Betroffenheit ausgestellt wie im Internet. Das Netz ist in der Tat „eine einzige Einladung, Allianzen für das vermeintlich Gute zu schmieden.“ (Mühl 2014) Nichts sei leichter als das, schreibt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, „denn mehr als ein paar Betroffenheits-Postings werden einem nicht abverlangt, um zum Kreis der Guten zu gehören.“ (ebd.) Facebook, Twitter und andere Netzwerke sind sehr erfolgreiche globale Institutionen zur Verbreitung starker Emotionen. (vgl. auch Luks 2014, 97ff.; 2018, 54ff.) Der mediale Sturm um die schwedische Aktivistin Greta Thunberg mag hier als Beispiel dienen.

Das Netz liefert also *beides* im Übermaß: hier Shitstorm, Skandale und Sex, dort Betroffenheit, Gutmenschen und elektronisch verbreitete Spießigkeit. Stets geht es um online abgesonderte Gefühlsäußerungen. Viel Meinung (oder Gefühl), wenig Ahnung (oder Verstand) – das gilt im Netz wohl noch mehr als in der analogen Welt. Das wichtigste Prinzip der „Skandaltechnologie“ ist laut Welzer (2016, 21) die „Zerstörung von Zusammenhängen“, deshalb seien soziale Netzwerke auch nicht ironiefähig – ohne Kontext sei Ironie unmöglich (vgl. auch Pörksen 2018, 58ff.; ähnlich Fukuyama 2019, 143). Das Grundproblem liegt darin, dass heute alle hier verhandelten Themen ganz wesentlich auch im Netz „debattiert“ werden, was gleichsam definitionsgemäß einen Ironie- und Intelligenzmangel und einen bisweilen extremen Emotionsüberschuss bedeutet.

Bernhard Pörksen (2018) spricht in seinem Buch *Die große Gereiztheit* von einer „elementaren Neuorganisation der Informationswelt“ (16). Er konstatiert, es sei unter den heute gegebenen Bedingungen nur noch schwer und häufig prinzipiell unmöglich

„zu entscheiden, was denn nun stimmt und was nicht. In der Situation einer allgemeinen Verunsicherung wuchert der Verdacht, regiert der Zweifel und dominiert das Geraune, das

den Durchblick suggeriert, aber eigentlich doch nur Verwirrung und Verstörung offenbart.“
(Pörksen 2018, 24)

In der digitalisiert aufgerüsteten Aufmerksamkeitsökonomie berührt das wesentlich die Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftspolitischer Diskurse – und geht darüber hinaus. Wie Timothy Snyder (2018) jüngst gezeigt hat, betreffen die digitalen Möglichkeiten zwar wesentlich gesellschaftliche Diskurse in vielen Ländern, gehen aber *weit* darüber hinaus. *Der Weg in die Unfreiheit* ist nicht ohne Grund der Titel seines erschütternden Buches, in dem Snyder detailliert nachzeichnet, wie Russland die Möglichkeiten des Netzes nutzt, um destabilisierend auf westliche Demokratien einzuwirken. Wo nicht mehr zwischen dem Wahren und dem Attraktiven unterschieden werden könnte, beginne der Autoritarismus (Snyder 2018, 278; vgl. auch Zuboff 2018a; 2018b).

Um abschließend die Überschrift dieses Abschnitts aufzunehmen: Ja, soziale Netzwerke sind – in einzelnen Ländern und zwischen Staaten – Brandbeschleuniger der gefährlichsten Art: brandgefährlich. Wenn wir die Erkenntnisse des [Kapitels 5](#) mit den Gefahren verschiedener Eskalationsprozesse zusammendenken, könnte man sich die sozialen Netzwerke geradezu als Zündschnur für populistische Aktivitäten vorstellen.

Spielarten des Populismus

Die eben und vorher in [Kapitel 5](#) beschriebenen Zuspitzungen und Polarisierungen haben profunde politische Folgen, um die es in diesem Abschnitt geht. Sicher ist: Auch in Österreich ist das Gefühl einer gesellschaftlichen Spaltung sehr verbreitet. Migration und Identitätspolitik, Armut und Verteilungspolitik, Globalisierung und Wertewandel – all diese Themen sind Aspekte einer gesellschaftlichen Situation, die in vielen Ländern der Welt zu einem Erstarren des Populismus geführt haben. Ob dies ein „populistischer Aufstand“ (Goodhart 2017) ist oder man von einer „Politik des Unmuts“ (Fukuyama 2019, 23) sprechen möchte – sicher ist, dass dieses Thema und die damit verbundenen Befürchtungen den Fach- und Politikdiskurs wesentlich bestimmen. Nicht zuletzt die Proteste der „Gelbwesten“ in Frankreich zeigen, welches Aggressionspotenzial hier existiert (vgl. z.B. Leick 2018). Wer aktuelle Zuspitzungen, Polarisierung und Spaltung verstehen, womöglich gar „bearbeiten“ will, kommt um das Thema Populismus nicht herum.

Populismus ist beides: Ausdruck von Zuspitzungen – und Nutznießer gesellschaftlicher Polarisierungen und Spaltungen. Dabei kommt es für unser Thema weniger auf die unterschiedlichen Ausprägungen des zeitgenössischen Populismus an. Wichtiger als die Arten des Populismus scheint die Frage nach seinen Ursachen: Warum ist heute, anders als noch vor, sagen wir: 10 Jahren, Populismus ein so relevantes Phänomen – warum ist er, genauer gesagt, so erfolgreich? Dabei geht es im Folgenden fast ausschließlich um die „Nachfrageseite“ des Populismus – also um die Frage, warum Menschen populistische Bewegungen und Parteien unterstützen und wählen. Die Frage, warum populistische Parteien entstehen oder welche Rolle institutionelle Gegebenheiten für ihren Aufstieg spielen, wird hier nicht erörtert.

Populisten nehmen regelmäßig Bezug auf die Einstellungen, Wünsche und Moral „einfacher Leute“ (vgl. Mudde / Kaltwasser 2017, 10, 104) und grenzen sich stets von herrschenden Eliten (in der Politik, aber auch in Medien, Wissenschaft und Kultur) ab. Neben den Eliten können Vielfalt, Pluralismus und Unordnung als Hauptfeinde des Populismus gesehen werden: Antipluralismus ist populistisches Kerngeschäft. Jan-Werner Müller schreibt:

„Populisten behaupten: ‚Wir sind das Volk!‘ Sie meinen jedoch – und dies ist stets eine moralische, keine empirische Aussage (und dabei gleichzeitig eine politische Kampfansage): ‚Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk.‘ (...) Populisten sind zwangsläufig antipluralistisch;

wer sich ihnen entgegenstellt und ihren moralischen Alleinvertretungsanspruch bestreitet, gehört automatisch nicht zum wahren Volk.“ (Müller 2016, 18f.; vgl. auch ebd. 129)

Den dezidierten Anti-Pluralismus könnte man mit Mudde / Kaltwasser (2017, 97) auch als „manichäisch“ bezeichnen. Diese Politikvariante funktioniert heute mit großem Erfolg. Ähnlich argumentiert Reckwitz (2017, 414f.) Populismus sei eine ganz bestimmte Form des Politischen:

„Er beansprucht, *den Volkswillen unmittelbar* in politische Praxis umzusetzen; er setzt die Möglichkeit und Wünschbarkeit einer *Identität* zwischen Regierenden und Regierten voraus und arbeitet somit zumindest implizit mit einem demokratietheoretischen Modell, das nicht von Pluralität und Repräsentation ausgeht.“ (Herv. dort)

Reckwitz (2017, 415, 416) spricht von einem „Antipluralismus der Identität“. In dieser Gedankenwelt wird die neue Mittelklasse zu einem „Gegner des ‚wahren Volkes‘“ und gleichsam parasitär. Aber warum ist diese Politikvariante so erfolgreich? Eine Position, nach der die ökonomische Dimension diese Frage beantwortet, vertritt Manow (2018). Er argumentiert, zugespitzt formuliert, strikt nach dem marxistischen Motto „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“. Für ihn ist ganz klar, dass es (nur) wirtschaftliche Prozesse und ihre Folgen für die Wählerschaft sind, die den Populismus in ganz Europa haben erstarken lassen. Manow (2018, 11; s. auch 50) diagnostiziert in seinem einschlägigen Buch über *Die politische Ökonomie des Populismus* der aktuellen Populismusdebatte einen „Mangel an ökonomischer Reflexion“ und postuliert:

„Wer über den *Populismus* reden will, aber nicht zugleich auch über den Kapitalismus, landet meist nur bei der Identitätspolitik – und ist dann schnell mittendrin in völlig unergiebigem Debatten voll wechselseitiger Stigmatisierung.“ (Manow 2018, 10)

In Anlehnung an Dani Rodik interpretiert Manow (2018, 11, 43) Populismus als Artikulation von Protest gegen die Globalisierung, genauer gegen einen von zwei Aspekten dieser Entwicklung: Handel oder Migration. Populismus richtet sich in dieser Lesart als entweder gegen die grenzüberschreitende Bewegung von Gütern oder Menschen. Linkspopulistischer Protest zeige sich, wenn Handel als bedrohlich empfunden werde, Angst vor Migration führe zu rechtem Populismus. Auch der Ökonom Charles Dumas bietet in *Populism and Economics* eine rein ökonomische Interpretation des Populismus. Dieser, so schreibt er (2018, 156),

„hat seine Wurzeln in der Not der Bevölkerung, die durch wirtschaftliche Misserfolge und Entwicklungen verursacht wird: Finanzkrise und eine schlechte Erholung davon, High-Tech-Zerstörung von Arbeitsplätzen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, gefährliche und schädliche Überambition und Inkompetenz in Form und Verhalten des Euroraums und so weiter.“

Die „kulturelle“ Interpretation des Populismus betont dagegen wertbasierte und emotionale Entwicklungen. Ein der meistzitierten Texte zu diesem Thema haben Inglehart / Norris (2016; vor kurzem ist eine Langfassung als Buch erschienen). Sie kommen aufgrund einer ausführlichen Untersuchung zu einem klaren Ergebnis:

„Heute bleibt die wirtschaftliche Ungleichheit ein großes Thema und trennt die Gewinner und Verlierer von den Weltmärkten und dem Freihandel. Die klassischen Wirtschaftsfragen sind keineswegs verschwunden. Aber ihre relative Bedeutung ging so weit zurück, dass bis Ende der 80er Jahre (...) nicht-ökonomische Fragen stärker im Vordergrund standen als wirtschaftliche Fragen in den Wahlkampfplattformen der westlichen politischen Parteien. *Die wachsende Bedeutung fortschrittlicher Werte in der Gesellschaft hat dazu geführt, dass allmählich eine neue kulturelle Spaltung im Parteienwettbewerb entstanden ist, die die*

Nachkriegsparteiensysteme untergraben hat. Heute sind viele der heftigsten Konflikte kulturell bedingt – basierend auf Themen wie Einwanderung, Bedrohung durch Terrorismus, Abtreibungsrechte, gleichgeschlechtliche Ehe und fließendere Geschlechtsidentitäten, und die Unterstützung für einen fortschreitenden Wandel in diesen Fragen kommt zunehmend von gut ausgebildeten jüngeren Generationen von Postmaterialisten, größtenteils bürgerlichen Ursprungs.“ (Inglehart / Norris (2016, 24; Herv. FL)

Auch Fukuyama (2018) betont deutlich die kulturellen gegenüber den ökonomischen Faktoren für die politischen Veränderungen der letzten Jahre. So wie Manow (2018) identitätspolitische Fragen letztlich nur für Reflexe auf ökonomische Problemlagen hält, stehen bei Fukuyama (2019, 16; siehe auch 105) umgekehrt Wirtschaftsfragen im Kontext von Anerkennungsproblemen:

„Ein großer Teil dessen, was als wirtschaftliche Motivation gilt, ist (...) in Wirklichkeit in dem Verlangen nach Anerkennung verwurzelt und kann deshalb nicht einfach mit wirtschaftlichen Mitteln befriedigt werden. Dies hat direkte Konsequenzen dafür, wie wir gegenwärtig mit dem Populismus umgehen sollten.“

In der Tat. Und Fukuyama (2019, 27) betont einen anderen wichtigen Aspekt, wenn er darauf hinweist, dass „ökonomische Ärgernisse noch weitaus intensiver empfunden [werden], wenn sie mit Gefühlen der Erniedrigung und Missachtung verbunden sind.“

Manow und Dumas haben sicher einen Punkt, wenn sie auf die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren hinweisen. Manow schüttet mit seiner Fundamentalkritik kultureller Argumentationslinien freilich das Kind mit dem Bade aus. Wohl niemand behauptet ernsthaft, Themen wie Migration und Verteilung seien „fein säuberlich voneinander zu trennen“ (Manow 2018, 13). Und auch er sieht, dass aufgrund ökonomischer Verflechtungen wirtschaftliche Anpassungsdrücke unmittelbar auf nationalen Ökonomien durchschlagen – dadurch werden Wirtschaftskrisen schnell zu politischen Legitimationskrisen (Manow 2018, 17). Dass die Trennung von „ökonomischer“ und „kultureller“ Populismus-Interpretation eine analytische und insoweit eine „künstliche“ ist, sehen auch Inglehart / Norris (2016, 16):

„Die zunehmende wirtschaftliche Unsicherheit und das steigende Maß an sozialer Ungleichheit können auch den kulturellen Wandel verstärken, was auf einen *Interaktionseffekt* hindeutet, bei dem traditionelle Werte unter den ärmeren und älteren Bevölkerungsgruppen am stärksten vertreten sein werden.“ (Herv. FL)

„Die spätmoderne Polarisierung der Lebensverhältnisse“, schreibt Reckwitz (2017, 280), „betrifft materielle und kulturelle Faktoren *zugleich*.“ (Herv. FL) Modernisierungsverlierer, so könnte man formulieren, kann man eben nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht sein, sondern auch in kultureller (so auch Jörke / Selk 2017, 99, 162).

Jörke / Selk (2017, 13) stellen zum Aufkommen des Populismus eine andere These auf, die gleichsam quer zur ökonomischen und kulturellen Erklärungsvariante steht: „Der Populismus ist eine Reaktion auf die nicht eingehaltenen Versprechen der Demokratie.“ Populismus sei „Ausdruck einer kollektiven Enttäuschungserfahrung“ und entstehe dann, „wenn die Kluft zwischen den Versprechen der Demokratie und den realdemokratischen Verhältnissen zu groß wird.“ (Jörke / Selk 2017, 96) Man könnte also auch sagen, Populismus sei in der Demokratie ein geradezu nützliches Korrektiv (Decker 2006; Mudde / Kaltwasser 2017) oder gar ein „überfälliger, notwendiger Protest, der die verstopften Kanäle demokratischer Repräsentationsverfahren mit einem durchaus ätzenden Reinigungsmittel wieder frei spült“ (Manow 2018, 7). In diesem Sinne sollte an der Wahlurne geäußerter Ärger über ökonomische Probleme, so Dumas (2018 156), „eine Quelle des Stolzes auf die Demokratie sein, nicht etwas, das man bedauern sollte.“ Dies ist vor allem bedenkenswert, wenn politische Eliten auf

Probleme nicht reagieren (es also an politischer *responsiveness* fehlt). Wenn sich in einer solchen Situation etablierte Parteien mit dem expliziten Ziel zusammenschließen, populistische Parteien von der Macht fernzuhalten, ist dies in der Tat „ein wahrgewordener Traum für die Populisten, da er ihr bevorzugtes Bild bestätigt, einen Kampf ‚einer gegen alle, alle gegen einen‘ zu führen“ (Mudde / Kaltwasser 2017, 111).

Es ist ein Standardargument in der Diskussion, dass die Linke bzw. die Sozialdemokratie ökonomische Probleme „vergessen“ und zu sehr auf identitätspolitische Themen gesetzt habe (vgl. z.B. Jörke / Selk 2017, 166; Mudde / Kaltwasser 2017; Nachtwey 2016; Pfaller 2017). Für manche Linke, so formuliert es Fukuyama (2019, 142; vgl. auch 208), sei Identitätspolitik zu einem „billigen Ersatz“ für verteilungspolitische Aktivitäten geworden:

„Es ist leichter, im Rahmen elitärer Institutionen über kulturelle Fragen zu diskutieren, als Gelder einzutreiben oder skeptische Gesetzgeber zu einer Änderung ihrer Strategie zu bewegen.“

Ein Schlüsseltext in dieser Hinsicht dieser Debatte ist der Aufsatz *The End of Identity Liberalism*, den Mark Lilla 2016 in der *New York Times* veröffentlicht hat. Laut Lilla (2016, 4) müssten die Liberalen anerkennen, dass ihre „Fixierung auf Diversität weiße, ländliche, religiöse Amerikaner ermuntert hat, sich selbst als benachteiligte Gruppe zu sehen, deren Identität gefährdet ist oder ignoriert wird.“ Ganz ähnlich wie Didier Eribon (2016) für Frankreich und David Goodhart (2017) für Großbritannien stellt Lilla (2016, 2) für die USA eine problematische Ignoranz fest:

„(D)iese Fixierung auf Diversität in unseren Bildungseinrichtungen und der Presse hat eine Generation von Liberalen und Progressiven hervorgebracht, die narzisstisch ahnungslos über die Zustände außerhalb ihrer selbst definierten Gruppen sind, und der Aufgabe, Amerikaner quer durch alle Gesellschaftsschichten zu erreichen, gleichgültig gegenüberstehen.“

Analog dazu beobachtet David Goodhart (2017, 79), dass viele Labour-Aktivist*innen sich für Gender-, Flüchtlings- und Umweltthemen interessieren, aber nicht für ökonomische Ungleichheit. „Gerechtigkeit“, ohne Zweifel nach wie vor ein politischer Leitbegriff, hat eine Bedeutungsverschiebung erfahren. In der Tat sind heute die Schlüsselbegriffe der dominierenden Gerechtigkeitsdiskurse „nicht mehr soziale Ungleichheit und Ausbeutung, sondern Gleichberechtigung und Identität.“ (Nachtwey 2016, 111) Diese Verschiebung problematisiert auch der Philosoph Robert Pfaller (2017, 203), der schreibt:

„So begrüßenswert es ist, wenn darauf geachtet wird, allen Minderheiten gleiche Rechte zu verschaffen, so infam wird dieses Engagement, wenn es dazu dient, von weitaus entscheidenderen Fragen abzulenken – entscheidender auch für diese Minderheiten selbst“.

Ganz ähnlich ortet Nancy Fraser (2017, 78) in einem vielzitierten Aufsatz eine „zwar perverse, aber durchaus reale politische Richtung“, in der sich die Anliegen neuer sozialer Bewegungen (wie Feminismus und Multikulturalismus) und diejenigen von technischen und dienstleistungsbasierten Wirtschaftssektoren (für die Silicon Valley und Wall Street stehen) verbänden. Dies sei, so Fraser, „progressiver Neoliberalismus.“ Die „Zunahme von Gleichheit“ werde weniger wichtig genommen als der „Aufbau einer meritokratischen Leistungsgesellschaft“ (Fraser 2017, 80), auf dessen Problematik wir in [Kapitel 2](#) eingegangen sind.

Klar ist: Es gibt nicht die eine Ursache für das Aufkommen des Populismus. Es ist offensichtlich, dass hier ökonomische und kulturelle Faktoren eng miteinander verwoben sind, ohne dass sie voneinander isoliert werden könnten. Populismus berührt politische und ökonomische ebenso wie soziale und kulturelle Gegebenheiten – und ökologische. Abgesehen davon, dass sich die meisten (rechts-)populistischen Parteien irgendwo zwischen Heimatschutz und Klimawandelleugnung positionieren, gibt es außerdem einen spezifischen Nachhaltigkeitspopulismus (Luks 2014). Denn es

gibt Ökologiepopulismus und Ökonomiepopulismus, wenn Nachhaltigkeit zur Sprache kommt. Sämtliche Varianten sind psychologisch unplausibel, soziologisch naiv und politisch gefährlich. Ökonomiepopulismus ist überaus weit verbreitet. Diese Form des Populismus, dem wohl alle aktuellen Staats- und Regierungschefs dieser Welt zuzuordnen sind, sagt: Wachstum ist gut, und zwar immer und überall. Das ist so nicht richtig (vgl. [Kapitel 10](#)) – die Sache ist wesentlich komplizierter. Diese Kompliziertheit zugunsten einfacher „Lösungen“ auszublenden, ist populistisch.

Ökologiepopulismus verbreitet einerseits die Auffassung, dass Nachhaltigkeit entsteht, indem die Menschen ihr individuelles Verhalten ändern. Andererseits – gleichsam die andere Seite des Spektrums – versprechen manche Protagonistinnen in diesem Diskurs, eine schnelle und gründliche Systemänderung wäre das Mittel der Wahl: Man „überwindet“ den Kapitalismus und schafft dadurch eine nachhaltige Gesellschaft. Diese „Systemvariante“ des Öko-Populismus operiert strukturell durchaus ähnlich wie die „Individualvariante“, setzt sie doch gleichsam auf einen „großen Sprung“ der gesellschaftlichen Veränderung. Der Glaube, dass durch das überlegene Wissen von Einzelpersonen ganze Systeme erfolgreich zum Guten gewendet werden könnten, sollte als historisch widerlegt gelten – und die Möglichkeit „großer Sprünge“ wohl auch. Damit kommen wir zu den Komplexitäten des Leitbilds einer „nachhaltigen Entwicklung“.

Das gesamte Literaturverzeichnis finden Sie [hier](#).